



Russland in der Offensive – Umfassende Unterstützung der Ukraine die Antwort

Dr. Klaus Olshausen

September 2025

Zusammenfassung

Der russische Drohneneinsatz auf Polen bedeutet eine Steigerung der russischen Offensive auch gegen den „Westen“. Dass Polen den Artikel 4 des Nordatlantikvertrags aufgerufen hat, macht deutlich, dass Aktionen der Allianz, der EU und v.a. gemeinsam mit den USA geprüft, entschieden und durchgeführt werden müssen. Die Entscheidung für „Eastern Sentry“ zielt auf die Defensivaufstellung entlang der gesamten Ostgrenze der Allianz. Den ersten Maßnahmen soll eine Verstärkung in neuem Design folgen. Dies alles bei gleichzeitig verstärkter Unterstützung der Ukraine. Neben den militärischen und politischen Maßnahmen sind auch die Sanktionen wirkungsvoller einzusetzen. Das Angebot scharfer Sanktionen der USA, insbesondere gegen den russischen Ölverkauf an Drittstaaten, wenn Europa sich von russischem Öl trennt und ebenfalls bereit ist, Drittstaaten wegen Öleinkauf zu sanktionieren, sollte ernsthaft erwogen werden.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Das Eindringen mit ca. 20 Drohnen auch in die Tiefe des polnischen Luftraums markiert eine neue Stufe – höchst wahrscheinlich – russischer Offensive gegen den „Westen“. Die bisherigen Verlautbarungen aus Moskau und Minsk geben keinen Aufschluss, der überzeugt. Mit dem Hinweis, dass diese Drohnen keine „Ziele in Polen“ angreifen sollten, räumt Moskau immerhin ein, dass es sich um russische Drohnen handelte.

Die Reaktionen der westlichen Regierungen verurteilten diesen Einsatz russischer Drohnen in klarer, aber unterschiedlicher Tonlage: Gleichzeitig unterstrichen alle die Solidarität mit dem Bündnispartner Polen, auch der amerikanische Botschafter der USA bei der NATO. Während Präsident Tusk einen Akt der Aggression verurteilte, sprachen andere (nur) von einer (rücksichtslosen) Verletzung des Luftraums. Auf der Skala lautete die Einordnung: Russland will testen (wen?), provozieren, angreifen.

Auf Ebene der Politik ist die Annahme plausibel, dass Putin damit auch aufblitzen lassen wollte, welche Register er zu ziehen bereit ist, wenn Sicherheitsgarantien für die Ukraine die Stationierung von Truppen aus NATO- oder EU-Staaten bedeuten würde.

In NATO und EU wird die politische Erkenntnis bestätigt, dass Putin keine Skrupel hat, aus dem seit Jahren bestehenden hybriden Krieg gegen den „Westen“ heraus zu testen, wie weit er in Richtung eines kinetischen Einsatzes gehen kann, ohne die geballte (Re)-Aktion von NATO und EU auszulösen, was er wahrscheinlich eher vermeiden würde.

Es ist deshalb mehr als berechtigt, dass Polen auf Grundlage von Artikel 4 des Nordatlantik-Vertrags sofortige Konsultationen im NATO-Rat gefordert hat. Denn die Unversehrtheit des Gebiets ist verletzt worden und das bedroht offensichtlich die Sicherheit Polens. Präsident Tusk hat damit auch klar gemacht, dass er in dieser Lage (noch) keine Behandlung dieses Einsatzes unter Artikel 5 des Vertrags für erforderlich hält.

Es wird also für die Staaten in erster Linie darauf ankommen, nach einer detaillierten Untersuchung dieses russischen Vordringens im Luftraum (mit Bodenwirkung) eine gemeinsame politische und militärische Antwort zu geben, die mit politischen, militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen erstens diesen völkerrechtswidrigen Einsatz beantwortet und zweitens die Verbesserung der eigenen Verteidigungsfähigkeit der Streitkräfte und der Resilienz der Gesellschaft gezielt vorantreibt.

Strategisch gesehen sollte jetzt dem Letzten klar geworden sein, dass das kriegertisch-kinetische Vorgehen Russlands keineswegs auf die Ukraine begrenzt bleiben muss. Putins machtpolitischer Anspruch richtet sich auf Einfluss in ganz Europa. Aus diesem Grund und wegen der drastischen Verletzung des Völkerrechts ist es auch notwendig, dass die von Frankreich, Großbritannien und Polen geforderte Dringlichkeitssitzung des VN-Sicherheitsrates stattgefunden hat.

Die amtierende VN-Botschafterin der USA, Dorothy Shea, kritisierte deutlich, das russische Verhalten untergrabe die Bemühungen für ein Ende des Krieges. Bedeutsam war auch ihre Aussage: „Sie können sicher sein, dass wir jeden Zentimeter des NATO-Territoriums verteidigen werden“. Es bleibt abzuwarten, wie tragfähig solche Sätze unter einem Präsidenten Trump sein werden. Solche Sitzungen können auch genutzt werden, Aufmerksamkeit für den hybriden und kinetischen Krieg in Europa über die NATO- und EU-Staaten hinaus zurückzugewinnen und Maßnahmen zur Beendigung vorzutragen.

Ohne eigenen Einblick in den Ablauf des russischen Angriffs und die durchgeführten Abwehrmaßnahmen von der Aufklärung über die Alarmierung bis zur Befehlsgebung und zum Waffeneinsatz ist mit Hinweisen von der



Seitenlinie Zurückhaltung geboten. Allerdings lässt das „Trefferbild“ der Drohnen erkennen, dass einige den Luftraum bis auf die Höhe von Lodz und sogar Richtung Danzig durchqueren konnten.

Bundeskanzler Friedrich Merz weist zurecht darauf hin, dass bei der Luftabwehr gegen Drohnen, die in größerer Zahl angreifen, noch erhebliche Verbesserungen vom Sensor bis zur Wirkung im Ziel erforderlich sind. Es stimmt positiv, dass der Einsatz zeigte, dass die integrierte NATO-Luftverteidigung mit multinationalen Kräften mehrerer Nationen in der Luft und am Boden zum Abwehrerfolg beigetragen hat.

Die Reaktion darf und wird keine polnische allein sein, sondern muss die NATO insgesamt sowie die EU und darüber hinaus Partner mit einbeziehen. Die Steigerung der Anti-Drohnen Fähigkeiten ist offensichtlich. Hier kann schon jetzt so manches von dem Alltagskrieg in der Ukraine ausgewertet und genutzt werden. Frühwarnung und Bekämpfung mit NATO-Kräften oder ähnlich der Koalition der Willigen auch auf die westliche Ukraine auszudehnen, kann Putin zeigen, dass man sich nicht einschüchtern lässt und sein Wirkungsfeld eingeschränkt wird. Dass Drohnen und Raketen erst in der Tiefe des eigenen Raumes bekämpft werden, muss vermieden werden. Alle Planer werden wissen, dass neben dem Gesamtsystem der Abwehr auch alle Maßnahmen mitgedacht und vorbereitet werden, um so rasch wie möglich alle Startplätze dieser Waffen ausschalten zu können.

Am Freitag, zeitgleich mit Beginn der russischen Truppenübung SAPAD, haben NATO-Generalsekretär Mark Rutte und SACEUR-General Alexis G. Grynkeewich eine erste militärische Antwort vorgestellt. Die Maßnahme zielt auf die Defensiv-Aufstellung an der gesamten Ostgrenze der Allianz. Die Operation „Eastern Sentry“ wird die bereits angekündigten, ja ausgelösten Verstärkungen für Polen mit einem „neuen Design“ für alle Anstrengungen vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer verknüpfen. Dabei wird das Allied Command Transformation in Norfolk zügig Maßnahmen zur Verbesserung des Drohneneinsatzes und der Drohnenabwehr vorschlagen.

Die von Generalsekretär Rutte angekündigte Klarheit und Besonnenheit der NATO-Reaktion darf bei Putin keine falschen Hoffnungen auf die Ängste der westlichen Gesellschaften schüren, die ihm seine destabilisierenden und kinetischen Angriffshandlungen ermöglichen. Derzeit fühlt Putin sich stark genug, auch den westlichen Staaten mit militärischen Mitteln anzuzeigen, was eine Truppe der Koalition der Willigen in der Ukraine und deren Länder zu gewärtigen hätten.

Ebenso wichtig wie alle militärischen Überlegungen sind die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Russland. Jetzt verstärkte Sanktionen beschließen und durchsetzen, die schon viel zu lange diskutiert werden, gegen alles, womit Putin seine „Kriegskasse“ füllt und so – bei hinhaltender Reaktion auf Waffenstillstandsfragen oder gar Verhandlungen – den Krieg gegen die Ukraine massiv zu Lande und aus der Luft fortsetzen kann und wird.

Seit dem 13.09.25 können die Regierungen der Unterstützer in Europa zeigen, wie stark sie ein gemeinsames Handeln mit der jetzigen US-Administration voranbringen wollen. Seit Monaten haben sie Trump vorgeworfen, seine Ankündigungen von Sanktionen – auch gegen Drittstaaten – immer wieder nicht auszuführen. Mit seinem Vorschlag in einem Brief an die NATO und ihre Mitgliedstaaten müssen sie nun selbst Farbe bekennen.

Trump fordert Europa und Partner auf, selbst kein russisches Öl und Gas mehr zu kaufen, aber auch die Hauptkäufer außerhalb von NATO und EU mit Zöllen zu belegen, um deren Öl- und Gas-Käufe aus Russland drastisch zu reduzieren oder zu beenden.

In diesem Fall wird er entsprechende Sanktionen gegen Drittstaaten einsetzen. Hier werden die europäischen Staaten – insbesondere mit ihrer bisherigen Indien- und China-Politik – vor einschneidenden Entscheidungen

stehen. Denn die bloßen Appelle an Indien und China auf Russland einzuwirken, haben bisher nicht zu deren mäßigendem Einfluss auf Russland oder gar zur Beendigung des Krieges geführt.

Wenn die EU, wie Frau von der Leyen in Straßburg wiederholt hat, oder andere Staaten der NATO nicht zu extra-territorialen Sanktionen bereit sein sollten, dann wird nicht nur kein dringend benötigter Druck auf Russland und Putin erreicht, sondern zugleich das Verhältnis mit den USA und Präsident Trump in eine Schieflage gebracht oder erneut zum Zerreißen gespannt werden. Dies würde die Fortdauer des Krieges, das Leiden und Sterben er Ukrainer und gesteigerte Risiken und Gefahren für eine freies Europa bedeuten.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen